

ANTWORT

der Landesregierung

**auf die Kleine Anfrage
des Abgeordneten Martin Brick, Fraktion der CDU
- Drucksache 3/213 -**

EU-Agrarreform

In einer Presseerklärung vom 12. Februar dieses Jahres begrüßte der Landwirtschaftsminister die Empfehlungen der High Level Group zur Agenda 2000, wonach eine lineare Degression von 3 % auf alle Beihilfen ab 2002 vorgeschlagen wird.

1. Ist dies bereits eine Entscheidung?

Nein.

2. Geht diese Ankündigung auf das ständige Einwirken von Mecklenburg-Vorpommern und den anderen neuen Bundesländern zurück, oder ist es nicht vielmehr ein Vorschlag Frankreichs?

Die lineare Degression von 3 % auf alle Beihilfen basiert auf einem informellen Vorschlag der EU-Kommission.

In seinem Kompromiß vom 11.03.1999 hat der Agrarrat aber alle Degressionsmodelle verworfen.

3. Der neue Kommissionsvorschlag kommt den Forderungen der Bauern ein Stück entgegen, so der Minister laut Nordkurier vom 17.02.1999.
Ist die oben genannte Ankündigung ein Kommissionsvorschlag?

Siehe Antwort zu Frage 2.

4. Gerade noch hinnehmbar ist das Degressionsmodell, das die EU-Kommission vorgeschlagen hat, so der Landwirtschaftsminister in der Schweriner Volkszeitung vom 18.02.1999.
Wie hoch sind die Verluste für die ostdeutsche Landwirtschaft und insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern bei der zeitlichen Degression im Vergleich zur größenabhängigen Degression vor dem Hintergrund, daß etwa 70 % der EU-Landwirtschaftsbetriebe betroffen wären?

Die Frage ist überholt, weil voraussichtlich keine Degression zur Anwendung kommen wird (siehe obige Antwort zu Frage 2).

5. Die EU-Finanzminister haben sich weitgehend geeinigt, daß die Agrarreform nichts kosten darf.
Wird dadurch nicht der Agenda-Vorschlag der EU vom März 1998 ad absurdum geführt und eine Agrarreform unmöglich gemacht?

Auf dem Sondergipfeltreffen am 26.02.1999 in Bonn hat die große Mehrheit der Staats- und Regierungschefs bestätigt, daß die Agrarausgaben im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 nicht höher sein sollen als 40,5 Mrd. Euro. Der Kompromiß des Agrarrates vom 11.03.1999 übersteigt diese Vorgabe um rund 7 Mrd. Euro im gesamten Zeitraum 2000 bis 2006.

6. Ist die Entstehung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft durch die im Rahmen der Agenda 2000 geplanten Agrarreform überhaupt möglich, wenn der Landwirt nur an Produktion gekoppelte Subventionen erhält, unabhängig davon, ob seine Produkte wettbewerbsfähig sind oder nicht?

Ziel der Agrarreform ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft zu stärken und die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume zu sichern.

Die vorgesehenen Ausgleichszahlungen im Rahmen der Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik werden den Druck auf strukturelle Veränderungen in der europäischen Landwirtschaft zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

7. Ist es nicht eine Täuschung, das bestehende Subventionssystem nur zu reparieren und dabei Exporterstattungen bei gleichzeitigen Flächenbeihilfen einzuschränken?

Die Aufrechterhaltung einer weitgehend flächendeckenden landwirtschaftlichen Produktion unter den derzeitigen hohen Umweltstandards in Europa kann nur mit Hilfe von Ausgleichszahlungen gewährleistet werden.

Angesichts der Marktentwicklungen und vor dem Hintergrund der kommenden Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) sowie der geplanten EU-Osterweiterung sind Anpassungen des Systems der Ausgleichszahlungen zwingend erforderlich. Diese Anpassungen gehen über eine "Reparatur" des Systems der Ausgleichszahlungen hinaus, haben jedoch keinen totalen Systemwechsel zur Folge.

8. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt hat vor dem Europäischen Parlament am 10. Februar 1999 erklärt, daß die Bundesregierung bisher noch keine Kompromißvorschläge zur Agenda vorgelegt habe, sicher aber sei, daß die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten müsse. Ist das bereits die Aufgabe deutscher Positionen?

Nein!

Der Kompromiß des Agrarrates vom 11.03.1999 zeigt, daß die deutsche Präsidentschaft substantielle Verbesserungen für die deutsche Landwirtschaft erreicht hat.

9. An wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei unveränderten hohen gesellschaftlichen Ansprüchen an die moderne Landwirtschaft muß sich Politik ausrichten.
Besteht damit - gerade im Blick auf die Agenda - nicht die Gefahr, die Landwirtschaft auf dem Altar der Globalisierung und Liberalisierung zu opfern?

Eine totale Globalisierung und Liberalisierung der Agrarmärkte würde bei den unterschiedlichen Produktionsbedingungen und -anforderungen zwischen Europa einerseits und Amerika, Südamerika sowie Asien andererseits dazu führen, daß die europäische Landwirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig wäre.

Dieser Gefahr kann durch das erreichte "Europäische Landwirtschaftsmodell" im Rahmen der Agenda 2000 wirksam entgegengewirkt werden.